Nummer 132 — Halle, Mittwoch, den 9. Juni 1926. — 61. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ◆ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Postanstalten ohne Bringerlohn 1.60 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 36 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besonderen Preisspitzung. Verlagsanstalt Paul Hommerich & Co. Druckereianstalt 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7491. Drahtanschrift: „Saalezeitung Halleschale". Bankverbindung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Wie heute gemeldet wird, stehen neue Kredite der deutschen Industrie in Amerika vor dem Abschluß. Es werden für Berlin insgesamt 22 Mill. Dollar, für das Ruhrrevier eine wesentlich höhere Zahl genannt. Seit Sonnabend weilen zwei Vertreter der Neuyorker Morganbank wieder in Hamburg.

Seitens der Organisation der deutschen Binnenschiffahrt ist ein Reichskredit von 30 Mill. Mark nachgesucht worden, nachdem die früheren Verhandlungen mit dem Reiche zu einem Abschluß nicht geführt hatten und Anfang April abgebrochen worden waren.

*

Die Reichsregierung hat gestern beschlossen, Herrn Clemens Lammers, der bekanntlich Deutschland auf der Weltwirtschaftskonferenz vertritt, zum Vorsitzenden des Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft zu ernennen. Der Vorsitzende bildet mit dem von dem Ausschuß gewählten stellvertretendem Vorsitzenden Dr. Rudolf Hilferding, Graf Kanserling und Professor Harms das Präsidium des Ausschusses.

*

Gestern vormittag fand in den Räumen der Reichsbahngesellschaft in Berlin für den verstorbenen Ersten Generaldirektor Dr. Rudolf Oeser eine Trauerfeier statt. Unter den Anwesenden sah man u. a. Reichsaußenminister Dr. Stresemann, den Präsidenten des Reichstages Loebe und Reichsbankpräsident Dr. Schacht. Pfarrer Grau hielt die Gedenkrede. Ferner sprachen Reichskanzler Marx, der Präsident des Verwaltungsrates Dr. von Siemens und der neue Generaldirektor der Reichsbahn Dorpmüller.

*

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn, Herr von Siemens, hatte Montag früh Unterredungen mit den zuständigen Reichsstellen über die vom Verwaltungsrat beschlossene Ernennung des neuen Generaldirektors Dorpmüller. Die Besprechungen haben wesentlich zur Beseitigung von Mißverständnissen geführt. An einer Zustimmung der Reichsregierung zu der Berufung Dorpmüllers ist jedenfalls nach diesen Besprechungen kaum noch ein Zweifel mehr möglich.

*

Zu den bevorstehenden neuen Verhandlungen über den Dawesplan meldet das „Pariser Journal", daß der Reparationskommission für die Donnerstagsitzung der Bericht des Generalagenten vorliegt, der zum erstenmal offen ausspreche, daß die bisherigen Quoten der deutschen Daweszahlungen über dieses Jahr hinaus nicht zu garantieren sind. Der Bericht sei die Antwort auf die Anregung der Reparationskommission nach einer schnellen Mobilisierung von Kapitalbeträgen der deutschen Reparationsschuld.

*

In der Frage der tschechischen Freihafenzone sind die Besprechungen des tschechischen Gesandten mit der Reichsregierung wieder vertagt worden. Dem Vernehmen zufolge ist ein tschechischer Antrag in Vorbereitung, die ganze Materie schon jetzt einem Schiedsgericht zu unterbreiten, wie es im Versailler Vertrag vorgesehen ist.

*

In den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sind nunmehr auch Vertreter der deutschen Industrie und des Handels zur Teilnahme an den Beratungen über die Aus- und Einfuhr aufgefordert worden. Auch eine polnische Industriellen-Kommission unter Führung des Präsidenten Kirnbaum-Lodz ist gestern in Berlin eingetroffen.

*

Die Kopenhagener „Nationaltidendes" meldet aus Warschau: Hier und in Lemberg haben sich faschistische Offizierverbände gebildet, die für eine Diktatur unter Pilsudski eintreten. Die schnelle Besserwerdung der polnischen Währung nach dem Staatsstreich des Marschalls hat die Umschwenkung der Mitospartei für Pilsudski eingeleitet. Die polnische Revolution ist erst im Anfang.

*

Der diplomatische Berichterstatter des Londoner „Daily Telegraph" schreibt, daß angesichts der Haltung Lord Oxfords die Spaltung der liberalen Partei heute oder morgen eine vollendete Tatsache sein werde. Wahrscheinlich werde auch eine Anzahl liberaler Parlamentarier unabhängig vorgehen.

Hindenburg gegen den Volksentscheid.

In einer am Montag herausgegebenen Sondernummer der Wochenschrift der „Deutschenspiegel" erschien ein Artikel von Staatsminister v. Löbell, der sich gegen einen Angriff des „Vorwärts" wendet. Im Rahmen dieses Artikels veröffentlicht Staatsminister v. Löbell einen Brief des Reichspräsidenten, über dessen Abdruck er, wie er sagt, verfügen kann. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Berlin, 22. Mai 1926.

Sehr geehrte Exzellenz! Von Ihrem Schreiben vom 19. Mai habe ich mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen. Ihrer Anregung, zu dem Volksbegehren auf Enteignung der Fürstenvermögen in einer öffentlichen Kundgebung Stellung zu nehmen, vermag ich aber aus staatsrechtlichen, sich aus der verfassungsmäßigen Stellung des Präsidenten des Deutschen Reichs ergebenden Gründen nicht zu entsprechen. Auch von einem Erlasse an die Reichsregierung möchte ich absehen.

Die Reichsregierung hat bereits in ihrer Kundgebung vom 24. April d. J. vor dem deutschen Volke klar und deutlich erklärt, daß die entschädigungslose Enteignung den Grundsätzen, die in einem Rechtsstaate die Grundlage für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben, widerspricht. Sie hat von diesem Standpunkt des Rechts auch durch den Reichsminister des Innern in der Reichstagssitzung vom 28. April d. J. ausgesprochen, daß sie das Volksbegehren auf entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen auf das entschiedenste ablehne.

Die unter dem Reichskanzler Dr. Marx am 17. Mai 1926 neugebildete Reichsregierung hat sich in ihrer Erklärung vom 19. Mai diesen Standpunkt ausdrücklich zu eigen gemacht. Ich kann daher annehmen, daß die Regierung, ohne daß es eines besonderen Schrittes meinerseits bedarf, Ihre Auffassung über die rechtliche Tragweite und Gefahr des Volksbegehrens teilt. Was die von Ihnen berührten im weiteren Verlauf der Dinge von mir persönlich zu treffenden Entscheidungen anlangt, so muß ich mir — wie es die Verfassung vorsieht —

meine Entschließung vorbehalten,

bis das Ergebnis des Volksentscheids und das sich hierauf gründende Ausführungsgesetz vorliegt und die Frage der Vollziehung dieser Gesetze an mich herantritt.

Ich will es aber doch nicht unterlassen, Ihnen meine persönliche Auffassung dahin mitzuteilen, daß ich die von Ihnen geäußerten Besorgnisse in vollem Umfang teile, und die gleichen Bedenken wie Sie auch schon von Anfang dieser Entwicklung der Dinge an der Reichsregierung gegenüber zum Ausdruck gebracht habe.

Daß ich, der ich mein Leben im Dienste der Könige von Preußen und der deutschen Kaiser verbracht habe, dieses Volksbegehren zunächst als ein großes Unrecht, dann aber auch als einen bedauerlichen Mangel an Traditionsgefühl und als groben Undank empfinde, brauche ich Ihnen nicht näher auszuführen. Ich will mich aber bemühen, den Enteignungsantrag hier nicht als eine politische, sondern lediglich als eine moralische und rechtliche Angelegenheit zu betrachten.

Ich sehe in ihm unter diesem Gesichtspunkt

einen sehr bedenklichen Vorstoß gegen das Gefüge des Rechtsstaats,

dessen tiefstes Fundament die Achtung vor dem Gesetz und dem gesetzlich anerkannten Eigentum ist.

Es verstößt gegen die Grundlagen der Moral und des Rechts. Sollte dieses Volksbegehren Annahme finden, so würde einer der Grundpfeiler, auf dem der Rechtsstaat beruht, beseitigt, und ein Weg eröffnet, der

auf abschüssiger Bahn haltlos bergab

führt, wenn es der Zufälligkeit einer, vielleicht noch dazu leidenschaftlich erregten Volksabstimmung gestattet sein soll, verfassungsmäßig gewährleistetes Eigentum zu entziehen oder zu verneinen. Es könnte

aus dem Einzelfall die Methode

entstehen, durch Aufreizung der Instinkte der Massen und Ausnutzung der Not des Volkes mit solchen Volksabstimmungen auf dem Wege der Enteignung weiterzugehen und damit dem deutschen Volke die Grundlage seines kulturellen wirtschaftlichen und staatlichen Lebens zu entziehen. — Ich sehe hierin eine große Gefahr, die gerade in unserer Lage, in der die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und ideellen Kräfte für unsere Selbstbehauptung am notwendigsten ist, unsere staatlichen Grundlagen bedroht und in einem Zeitpunkt, wo wir eben die ersten Schritte auf dem Wege zu neuer wirtschaftlicher Geltung getan haben, unsere Stellung in der Welt schädigt.

Ich bin überzeugt, daß trotz der starken, vielfach wenig schönen Agitation für das Volksbegehren das ruhige Urteil und der gesunde Sinn unseres Volks diese moralische und rechtliche Seite der Frage nicht verkennen und die unabsehbare Gefahr, die allen Schichten des Volkes hier droht, nicht übersehen wird.

Ich hoffe daher zuversichtlich, daß unsere Mitbürger in der Entscheidung vom 20. Juni diesen Erwägungen Raum tragen und den Schaden abwenden werden, der sonst dem ersten Grundgesetz jedes Staates, dem Rechte und der Gerechtigkeit, erwachsen würde.

Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr sehr ergebener

gez. v. Hindenburg.

*

Sozialdemokratische Interpellation über den Brief Hindenburgs.

Wie das „Berliner Tageblatt" erfahren haben will, beabsichtigen die Sozialdemokraten, im Reichstage aus Anlaß des Briefes des Reichspräsidenten v. Hindenburg an den früheren preußischen Staatsminister v. Loebell eine Interpellation einzubringen, in der die Reichsregierung über ihre Stellungnahme zu diesem Briefe befragt werden soll.

Arbeiter-Spar- und Baubanken.

Wer beseitigt die Wohnungsnot?

Von Dr. Georg Wilh. Schiele.

Unter dem Titel „Arbeiterbanken in Amerika" erschien dieser Tage in der „Allgemeinen Zeitung" in Halle ein Artikel, der uns zum Nachdenken trieb — und hoffentlich noch weiter treibt. Es stände schlimm um uns, wenn wir ewig in Artikeln und Reden steckenblieben und kämen nicht zur Tat. Was er bringt, erinnert mich an einen Bericht über das amerikanische Wohnungswesen von John Nolen.

„Weder die Bundesregierung, noch die Einzelstaaten, noch irgendeine kleinere politische Einheit tut irgendetwas für das Wohnungswesen. Der größte Teil der Kleinhausbauten wird finanziert von fünftausend kleinsten Spar- und Baubanken, die mit Spareinlagen von über 2 Milliarden Mark arbeiten. Das Riesengeschäft, das diese Summe verrät, wird mit wenig oder gar keiner Kenntnis des Bankwesens und ohne erfahrene Bankbeamte geführt und beweist, daß der gemeine Mann durchaus befähigt ist, sein Sparkapital selbst zu verwalten und zur Befriedigung des eigenen Wohnungsbedarfes zu verwenden, und zwar, wie die Erfahrung beweist, ohne dabei zu verlieren.

Der größte Teil der Bankteilhaber sind nur einfache Arbeiter. Da gibt es no philantropy, no charity but only a straight short business way, auf deutsch: keine Wohltätigkeit, keine Gemeinnützigkeit, sondern einen klaren kurzen Geschäftsweg, welcher aber alle denkbare Gemeinnützigkeit oder Wohltätigkeit ausstich."

Also hier ist der Arbeiter selbst der Bauherr, der die Kräfte der Bauunternehmung herbeirutt und das schöpferische Wort: „Es werde" ausspricht. Er tut das durch seine 5000 kleinen Spar- und Baubanken.

Wer war bei uns vor dem Kriege der Bauherr, der dem deutschen Volke sein Wohnen verschaffte?

Da waren:

a) die geschäftliche Hand (gewerbliche Bauunternehmung, Bauspekulation),
b) die wohltätige Hand (gemeinnützige Baugesellschaften),
c) die öffentliche Hand (Staat oder Gemeinden),
d) es fehlte die schwielige Hand der Arbeiterschaft.

Bei weitem der größte Teil des notwendigen Bauens wurde geleistet von a) der geschäftlichen Hand, d. i. der großen Bauspekulation, vollkommen fehlte bei der Befriedigung des Wohnbedarfs die Arbeiterschaft selbst. Wir können aber trotzdem doch innerhalb der Grenzen des damaligen deutschen Reiches ein Beispiel anführen von der wunderbaren Kraft der Selbsthilfe, das vor unseren Augen aufgeführt wurde.

„Die polnischen katholischen Landpfarrer und die polnischen Wanderarbeiter haben eine ansehnliche, rein privatwirtschaftliche Kleinsiedlung ohne Hilfe der Behörden, ja gegen deren Widerstand, fertig gebracht, die, wie mir scheint, bei uns in Stadt und Land nicht ihresgleichen hat. Und sie beruht auf derselben engen Verbindung von Spartrast des Volkes und Beseldungsarbeit. Die Spartrast des polnischen Wanderarbeiters ist gewiß geringer, als die des deutschen Arbeiters. Folgender Kontrakt beweist aber, was ihm zugetraut wird, wenn er ein Haus übernimmt: 1000 M. Anzahlung und vier Jahre hintereinander 250 M. jährlich. Diese Banken fingen mit einem unglaublichen Minimum von Geschäftserfahrung an. Die sogenannten Buchführer konnten nicht schreiben und die Kontrolleure nicht rechnen. Aber es ging. In katholischen Priesterseminarien lernt man nichts von Wechselrecht, Grundbuchordnung usw. Aber in der Praxis lernten die Landgeistlichen Alt und Jung schnell mit Wechselrecht und Grundbuchordnung umzugehen, gleich Advokaten.

Ludwig Bernhard sagt: „Seit die Mehrzahl der Volksbanken von Geistlichen geleitet oder beeinflußt wird, ist die Besetzung der Pfarreien ein finanzielles Problem geworden." „Ein Probst verlor seinen Vikar, der mit ihm eine Parzellierungsgenossenschaft geleitet hatte. Da der andere Vikar wenig Talent und Lust zeigte, erklärte ihm der Probst: „Wenn Sie nicht in einem Jahr die Grundbuchordnung und das Ansiedlungsgesetz genau kennen, fahre ich nach Posen zum Erzbischof und sorge dafür, daß Sie von hier fortkommen."

Einst wurde dem Weihbischof nahegelegt, nicht den etwas träumerischen Geistlichen X nach N. zu schicken, wo eine große Genossen-

Sicherung der Reichstagsmehrheit für das Kabinett.

Das bisherige Ergebnis der am Montag begonnenen Besprechungen des Kanzlers mit den Parteiführern und der Sitzungen der Fraktionen ist die Sicherung der Mehrheit im Reichstag für das Kabinett Marx.

Von besonderer Bedeutung ist die Stellungnahme der Sozialdemokratie, die zunächst in der Flaggenfrage wie in den anderen Differenzpunkten (die für den Sturz des Kanzlers Luther mitbestimmend waren) Schonfrist für das Kabinett Marx erklären läßt.

Flaggenfrage und Fürstenenteignung vor dem Reichskabinett.

Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung den Blättern zufolge mit der Flaggenfrage und mit dem Gesetzentwurf über die Fürstenabfindung. Zur Frage der Einheitsflagge beschloß das Kabinett die in Betracht kommenden Vorschläge dem Ausschuß zu überweisen, vor dessen Forum die Frage zunächst behandelt werden soll.

Einer Berliner Blättermeldung zufolge herrschte im Kabinett die

Auffassung, daß vor dem Volksentscheid eine praktische Auswertung der Flaggenfrage nicht mehr in Frage komme.

In der Frage der Fürstenabfindung soll zunächst mit den Parteiführern der Regierungskoalition und im Anschluß daran mit den Führern der anderen Fraktionen verhandelt werden. Es werde sich dann ergeben, ob Aussicht bestehe, dem Entwurf der Regierung die notwendige Mehrheit zu sichern.

Weitere Blättermeldungen besagen, daß die Regierung beabsichtige, den Kompromißgesetzentwurf durch eine neue Präambel so zu gestalten, daß für seine Annahme eine einfache Mehrheit genüge.

Die Durchführung der Flaggenverordnung.

Wie mehrere Berliner Blätter wissen wollen, soll das Auswärtige Amt an die Auslandsmissionen, die demnächst von deutschen Kriegsschiffen besucht werden, einen Erlaß über die Beflaggung herausgegeben haben mit der Verfügung, daß bereits bei diesen Besuchen neben der schwarz-rot-goldenen Flagge die Handelsflagge gehißt werden soll.

Gründung der neuen rechtssozialistischen Partei in Sachsen.

Von Anhängern der 23 rechtssozialistischen Abgeordneten wurde am Sonntag in Dresden die Gründung der alten sozialdemokratischen Partei Sachsens vollzogen. 82 Delegierte und mehrere hundert sonstige Parteianhänger nahmen an der Gründungsversammlung teil. Der frühere Ministerpräsident Buck wurde zum Landesvorsitzenden gewählt. Er betonte, eine Spaltung der sozialdemokratischen Partei im Reich sei nie und nimmer beabsichtigt gewesen, man wolle nur versuchen, die nach links abgeglittene sächsische Sozialdemokratie wieder zu den alten sozialistischen Grundsätzen zurückzuführen. Die Gründung der neuen Partei wurde einstimmig beschlossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260609016/fragment/page=0001

schaftsbank ist, sondern einen Bitar, der bereits den Betrieb der Kreditvereine kannte. Da soll der Oberhirte ärgerlich geantwortet haben: „Wir weihen keine Bankdirektoren, sondern Priester."

Das Wort, ob wahr oder nicht, ist charakteristisch, und stiller Einfluß sorgt dafür, daß bei der Priesterweihe das Bankwesen schließlich doch genügend berücksichtigt wird. (Nach Bernhard: Das polnische Gemeinwesen im preuß. Staat.)

Warum haben wir vor dem Kriege in Stadt und Land eine solche Befreiung der wirtschaftlichen Kräfte des Kleinsten, eine solche Kleinsiedlungs- und Kleinwohnungsbewegung nicht fertig bringen können? Konnte uns das, was wir hatten, nämlich die fleißige und ehrliche Vielregierezei unserer grotartigen Bürokratie, alle guigemeinten Zwangsversicherungen und Schutzgesetze, sowie die ganze sogenannte Gemeinnützigkeit mit Professoren und Regierungsräten an der Spitze das ersetzen, was uns fehlt, nämlich die Selbsthilfe des kleinen Mannes?

Und wie steht es jetzt bei uns? Wer ist heute unser Bauherr?

a) die geschäftliche Hand, die private Bauunternehmung, welche auf Spekulation Wohnraum herstellt, ist vollkommen ausgeschaltet,

b) die öffentliche Hand und

c) die gemeinnützige Hand, welche in früheren Jahrhunderten, auch die fromme Hand oder die tote Hand genannt wurde,

beherrschen vollkommen das Feld, — aber sie bringen noch nicht den zehnten Teil von dem fertig, was notwendig wäre, und was früher die geschäftliche Hand fertig gebracht hat,

d) die schwielige Hand mit ihren 5000 Arbeiterbanken fehlt noch immer vollkommen.

Machen wir uns klar, daß die geschäftliche Hand, welche in der Form der großen Bauspekulation ganze Straßenzüge von Mietskasernen hinsetzte, bei uns in den nächsten zwanzig Jahren nicht wieder erscheinen wird. Dazu gehört nämlich der Stand der geschäftsmäßigen Hausbesitzer, die das schwierige und unangenehme Geschäft übernehmen, an 7 bis 20 Parteien zu vermieten. Wer aber wird in Deutschland noch einmal so dumm sein, sich an ein solches Unternehmen zu machen? Kein Stand ist doch wie dieser bestohlen, beschimpft und geknechtet worden.

Die gemeinnützige und die öffentliche Hand aber werden ebenfalls sehr bald erlahmen. Was bleibt dann übrig, damit das deutsche Volk Wohnung erhalte?

Die hunderttausendfache Kleinunternehmung, zusammengefaßt in Arbeiter-Sparbanken, die für sich selber bauen. Dies ist in Zukunft das wirkliche Großkapital und die stärkste Großunternehmung. Sollten wir das nicht fertigbringen, was die Amerikaner gelernt haben?

Der Wohnungsbedarf vor dem Kriege betrug 800 Millionen jährlich; der Vermögenszuwachs bei den Sparkassen betrug 700 Millionen jährlich, bei den Landesversicherungsanstalten 80 Mill., bei der Angestelltenversicherung 180 Mill.: — also beide Seiten decken sich.

Oder sollen wir glauben, daß die Intelligenz und die Geschäftskunde der deutschen Arbeiter nicht dasselbe fertigbringen wird, was jene Amerikaner und jene Polen fertiggebracht haben? Das Vorbild ist da, wann beginnt die Tat?

Der Beamtenausschuß des Preußischen Landtages beriet eine Eingabe der Flüchtlingsbeamten aus dem besetzten Gebiete. Der Ausschuß sprach sich dahin aus, daß baldigst eine Novelle zum Unterbringungsgesetz vorgelegt werden soll, um bestehende Härten zu mildern.

Wiederbeginn der Reichstagssitzungen.

Abg. Leopold (Dn.) über die Novelle zum Knappschaftsgesetz.

Die gestrige erste Reichstagssitzung nach den Pfingstferien wurde vom Präsidenten Löbe mit einem Nachruf für den Generaldirektor der Reichsbahn Dr. Oeser und den Sozialpolitiker Freiherr v. Berlepsch eröffnet. Die Sitzung war nur mäßig besucht. Der Präsident nannte eine auffallend große Zahl von Krankheitsurlaubern. Auf der Tagesordnung stand die Fortsetzung der zweiten

Beratung der Novelle zum Reichsknappschaftsgesetz.

Abg. Janschek (Soz.) wies darauf hin, daß der Gesetzentwurf im Ausschuß die Billigung aller Parteien gefunden habe. Viele Wünsche seien zwar unerfüllt geblieben. Der Redner trat für die sozialdemokratischen Anträge ein, die eine Erhöhung der Versicherungsleistungen auf verschiedenen Gebieten fordern.

Abg. Leopold (Dn.) warnte davor, aus der überaus langwierigen Behandlung dieser Vorlage den Schluß zu ziehen, als ob die Ausschußbeschlüsse allgemein befriedigten. Die zahlreichen vorliegenden Anträge ließen diesen Schluß nicht zu. Dieses Gesetz habe dem sozialen Frieden nicht gedient. Der Redner erinnert an Forderungen der Arbeiter über Tage, die mit denen unter Tage gleichgestellt werden sollen. In der Begründung werde die schwere Belastung der Kohlenwirtschaft mit Soziallasten hervorgehoben. Dieser Standpunkt des Arbeitsministers führe dazu, daß die Deutschnationalen als Oppositionspartei den Minister sogar gegen das Zentrum im Ausschuß verteidigen mußten. Das Gesetz bringe eine neue, schwere Belastung. Niemand von den Deutschnationalen denke daran, die alte Knappschaft zu beseitigen, aber die Knappschaft dürfe nicht durch Ueberspannung der Beiträge und Leistungen geschädigt werden. Auf drei Arbeitende müsse ein Invalide erhalten werden. Da sollte man doch eine Ueberspannung der Beiträge sorgfältig vermeiden. Der Bergmann solle jetzt täglich 1,10 M. an Beiträgen zahlen. Das sei viel zu hoch und müsse zu Lohnkämpfen führen.

Abg. Winnefeld (DVp.) erinnerte daran, daß das alte Gesetz zu großen Streitigkeiten geführt habe. Die erhofften Wirkungen seien ausgeblieben. Der stärkste Widerstand habe sich gerade aus Mitteldeutschland von der Braunkohle her geltend gemacht. Der Bergarbeiter, der seine Knochen zum Markte tragen müsse, habe einen Anspruch darauf, versorgt zu werden. Das Gesteinsstaubverfahren sei ein Mordwerkzeug gegen die Bergarbeiter.

Die Weiterberatung wurde auf Dienstag 2 Uhr vertagt. Ferner steht auf der Tagesordnung der Gesetzentwurf über die Fürstenabfindung.

*

Das Arbeitsgerichtsgesetz im Reichstagsausschuß.

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten begann am Montag seine Beratungen über den Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes. Ein Vertreter der Reichsregierung legte eingehend die Motive der Vorlage dar. Der Entwurf geht von dem Grundsatze aus, die Gerichtsbarkeit in Arbeitssachen möglichst vollkommen den Arbeitsgerichtsbehörden zu übertragen. Die Rechtsprechung in Arbeitsstrafsachen und in Verwaltungsstreitigkeiten auf dem Gebiet des Arbeitsrechts solle allerdings aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht von den Arbeitsgerichtsbehörden ausgeübt werden. Der Entwurf solle nur die Rechtsstreitigkeiten aus Tarifverträgen regeln. Nach einer allgemeinen Aussprache über den Entwurf vertagte sich der Ausschuß auf Dienstag.

Justizdebatte im Preußischen Landtag.

769 Bände Barmat-Akten! — Die Verfahren des Staatsgerichtshofes unter Mitwirkung des Landgerichtsdirektors Jürgens werden nachgeprüft. — 30 Prozent der Aufwertungsanträge erledigt.

Im Preußischen Landtag begann am Montag die zweite Beratung des Haushalts der Justizverwaltung. Auf die vom Hauptausschuß hierzu zur Annahme empfohlenen Anträge ging Staatssekretär Fritze ein. Er betonte u. a. in Beantwortung einer kommunistischen Anfrage, daß die Strafkammer am 4. d. M. das Hauptverfahren vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte gegen Barmat und Genossen, insgesamt elf Angeklagte, wegen Betruges, Untreue, Bestechung und anderer Straftaten eröffnet habe. 769 Bände umfassen die Akten für diesen Monstreprozeß. Im Sinne eines im Rechtsausschuß angenommenen Antrages erklärte der Staatssekretär, daß die Justizverwaltung bereits darauf hingewirkt habe, daß sämtliche Verfahren des Staatsgerichtshofes, an denen der unter Betrugsverdacht verhaftete Landgerichtsdirektor Jürgens mitgewirkt hat, einer Nachprüfung unterzogen werden. Der Redner erwähnte noch, daß am 20. April d. J. rund 2,7 Millionen Aufwertungsanträge vorlagen, von denen 30 Prozent erledigt sind und daß auch sonst die Justizverwaltung stark überlastet sei. Die Zahl der 1913 durchschnittlich monatlich zu erledigenden Fälle betrug 165 000, die entsprechende Ziffer lautet 1926 420 000. Die Wünsche auf Milderung verschiedener Bestimmungen des Strafvollzuges fänden ebenso die Zustimmung des Justizministeriums wie der auf besseren Schutz der persönlichen Ehre des Staatsbürgers.

Der Zentrumsredner Dr. Schmidt-Lichtenberg wandte sich ebenso wie der der Deutschnationalen, Seelmann, gegen die Vorwürfe gegen den Richterstand. Beide betonten die Notwendigkeit parteipolitischer Neutralität auf dem Richterstuhl.

Die Debatte wird am Dienstag fortgesetzt.

Studentenstreik in Hannover.

Kultusminister Becker billigt die Maßnahmen Lammers. — Abwanderung der Studenten nach Danzig?

Einer Berliner Blättermeldung zufolge wird der Rektor der Technischen Hochschule Hannover erneut nach Berlin kommen und dem Kultusminister Bericht über die Vorgänge erstatten. In den nächsten Tagen sollen weitere Relegationen von Studenten, insgesamt etwa 250, erfolgen.

Die Studenten der Technischen Hochschule in Hannover haben einen achttägigen Streik beschlossen. Prof. Lessing erklärte, daß er unter allen Umständen seine Vorlesungen durchführen werde. Kultusminister Dr. Becker hat die bisher durch seinen Staatssekretär Lammers gegen die Studenten getroffenen Maßnahmen in vollem Umfange gebilligt.

Ein Vertreter der 1200 nach Braunschweig ausgezogenen hannoverschen Studenten erklärte, daß, falls Professor Lessing nicht zum Verlassen der Hochschule in Hannover veranlaßt würde, sehr viele Studierende von dort nach Danzig ziehen würden, wo man auf deutsche Studierende warte.

Der Vorsitzende des Ausschusses der Braunschweiger Studentenschaft betonte, der Fall Lessing sei jetzt keine hannoversche Angelegenheit mehr, sondern Sache der gesamten deutschen Studentenschaft, die einig in geschlossener Front zusammenstehen müsse. Es wurde ein Begrüßungstelegramm des Ausschusses der deutschen Studentenschaft zur Verlesung gebracht.

Die Rückreise nach Hannover wurde am späten Abend mit dem bereitstehenden Sonderzuge angetreten.

Vor dem Austritt Brasiliens aus dem Völkerbunde?

Brasilien will Europa „seinem Schicksal überlassen" — Spanische Verstimmung gegenüber dem Völkerbunde und England.

Paris, 8. Juni. Havas berichtet aus Rio de Janeiro: Gut unterrichtete Kreise sind der Ansicht, daß Brasilien sich vom Völkerbunde so gut wie losgelöst habe. Die Presse unterstützt einmütig diesen Entschluß, der unwiderruflich ist.

Nach einer Meldung des Pariser „Matin" aus Rio de Janeiro wird in einem längeren Artikel der Zeitung „O Globe" gesagt, daß Brasilien, da der Völkerbund eine europäische Einrichtung werde, statt eine Weltinstitution zu sein, in einigen Tagen seinen Austritt aus dem Bunde einreichen und Europa seinem Schicksal überlassen werde. Die amtlichen brasilianischen Kreise weigerten sich, diese Nachricht, die inspiriert zu sein scheine, zu bestätigen oder zu dementieren.

London, 8. Juni. Der Genfer Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, es scheine, als ob sowohl der Brasilianer Mello Franco, als auch der Spanier Quinones de Leon bei der gestrigen Ratssitzung nicht zugegen waren, damit die Frage der Zusammensetzung des Rates nicht während der augenblicklichen Tagung erörtert werden könne.

Der Genfer Berichterstatter der „Times" sieht in der Abwesenheit dieser beiden Ratsmitglieder das äußere Anzeichen einer bedauerlichen Lage. Spanien sehe darin, daß Großbritannien den spanischen Anspruch auf einen eventuellen ständigen Ratssitz plötzlich aufgegeben habe, etwas wie einen Vertrauensbruch. Es bestehe die Hoffnung, daß der Genfer obwaltende Verständigungswille eine Lösung für diese dem internationalen Einvernehmen immerhalb des Völkerbundes drohende Gefahr finden werde.

Gewitterwolken über Aegypten.

Das Pariser „Journal" meldet aus Kairo: Das englische Oberkommissariat gibt den bei den englischen Konsulaten in Aegypten eingetragenen Staatsangehörigen den Rat, Aegypten zu verlassen. Die Anordnung hat in Kairo größte Erregung hervorgerufen, da sie die Gerüchte von bevorstehenden strengen englischen Maßnahmen gegen Aegypten bestätigen.

Die römische „Tavola" weiß aus Kairo zu berichten: Die englische Garnison in Alexandrien ist innerhalb fünf Tagen um 2000 Mann verstärkt worden, die bisher in Malta und Gibraltar in Garnison waren. Die Sperre Maltas für Handelsschiffe ist bis 12. Juni in Kraft. Es werden in Alexandrien englische Truppen auch aus dem Mossulgebiet erwartet.

Die Londoner „Daily Mail" bringt Montag früh einen Sensationsbericht über die Lage in Aegypten, wonach auch die Anerkennung der Reservationen die weiteren englischen Forderungen nicht aufhebt:

Umänderung des Wahlrechts, das den Nationalisten ägyptern ihre Herrschaft im Parlament sichert, und Unterdrückung der englandfeindlichen Bewegung in Oeffentlichkeit und Presse.

Demselben Blatte zufolge erwägt das englische Kabinett die Errichtung von 16 englischen Garnisonen in Aegypten und Wiederübernahme der Polizei.

Der litauische Sejm wählte in seiner gestrigen Sitzung mit 50 von 79 Stimmen den Abgeordneten Dr. Grinius zum Präsidenten der Republik Litauen. Dr. Grinius gehört der volkssozialistischen Partei an, die mit 22 Abgeordneten die stärkste Partei des litauischen Sejms ist und bürgerlich-radikale Ziele verfolgt.

Auf den Spuren der Wikinger.

(Von unserem Pariser Korrespondenten).

Wikinger und Normannen — halbvergessene Namen des Geschichtsunterrichts und verschwommene Vorstellungen. Wer aber weiß, daß heute noch, nach mehr als 1000 Jahren noch immer das alte, abenteuerlisterne Blut der ehemaligen Staatenerobererer lebendig ist? Man muß an die Küste der Normandie gefahren sein, um dies zu erleben, um ein Land zu entdecken, das noch ganz ursprünglich, noch ganz frisch, herb und gesund in einer Zeit der Flugzeuge und der Telephonie ohne Draht lebt, dessen Bewohner noch heute ein phantastisches, an Entbehrungen reiches und doch schönes Leben führen. Wohl haben einzelne große weltbekannte Badeorte, wie Trouville oder Dieppe einen internationalen Fremdenstrom herbeigezogen, aber sie sind nicht die eigentliche, echte Normandie. Die findet man in den kleinen Ortschaften der Küste.

Die Tote und Türen der niedrigen, strohgedeckten Häuser, die so sehr an die des deutschen Niedersachsens und Holsteins erinnern, stehen weit offen, selten ist jemand in den Räumen anzutreffen, in denen die schweren jahrhundertealten geschnitzten Kredenzen mit den bunten Krügen stehen und wo auf dem offenen Herd der kupferne Kessel hängt. Und wenn man jemanden antrifft, so ist es eine alte Frau oder ein Kind, niemals ein Mann. Die Männer sind weit in der Ferne, viele Hunderte von Meilen von den schlafenden Oerchen entfernt, mitten auf der See vor Island und Kanada. Auf ihren kleinen bunten Barken sind sie im ersten Frühjahr ausgezogen, um dort oben in Gegenden, wo ihre Vorväter schon am Boden und Schätze kämpften und starben, mit Fischfang den Lebensunterhalt zu gewinnen.

Der Fischfang im Kanal bringt kaum noch etwas ein und so müssen sie in die Fremde ziehen. Acht, ja zehn Monate verbringen sie auf dem nördlichen Meer, zwischen Hitze und Kälte, ohne Frauen und Kinder, an Küsten mit anderer Sprache und anderen Sitten. Drei oder vier Briefe kommen in der ganzen Zeit nach Hause, wenn selten sind die Gelegenheiten, Post zu befördern. Sie erzählen vom Fischfang, vom Verdienst und oft genug von vergeblichem Mühen. Die Preise sind zu niedrig oder der erwartete Fang bleibt aus und dann wird das zurückgebliebenen Frauen und Kinder, daß bis zum nächsten Frühjahr Kartoffeln, Brot und gedorrte Fische die einzige Nahrung sein werden. In der Zwischenzeit müssen sie selbst sehen, etwas bares Geld zu verdienen. Sie verdingen sich als Hausmädchen, Zimmermädchen, Wäscherinnen und Köchinnen in den nächsten größeren Ortschaften. Zurück bleibt, was zu schwach ist — die erste Jugend und das Alter. Mit zwölf Jahren aber steht schon die männliche Jugend auf den Planken der Barken und wird frühzeitig reif und erfahren.

Verlassen liegen die Dörfer da. In den Gassen sprießt Gras; Blumen blühen zwischen den Steinen, kleine halbverwilderte Gärten klettern die steilen Abhänge empor. Kaum das ein paar Stufen in den Fels gehauen sind. Die Gänge zwischen den Häusern sind so schmal, daß man beide Mauern mit den Händen berühren kann. Man schreitet fast auf Zehenspitzen durch diese schlafende Welt, erklimmt einen Hügel und steht plötzlich tief unter sich ein blaßgrünes weites Meer, darüber einen zartblauen türkisfarbenen Himmel, über den ein paar kornfarbene Streifen wie mit einem feinen Pinsel gezogen sind. Alles ist in einen unbeschreiblichen Duft und in ein Meer von Licht gehüllt. Man wagt kaum zu atmen, um diesen Traum von Farbe und Ruhe nicht zu stören.

Die lange weitgeschweifte Küste ist von weißen jäh abfallenden Felsen umsäumt, die oft phantastische Formen annehmen. Sie kennt eine lange wildbewegte Geschichte, kennt die Landungen der Wikinger und Normannen, die dem Lande den Namen gegeben haben, kennt den Aufbruch Wilhelms des Eroberers nach England, kennt die späteren Landungen der Engländer und die jahrhundertelangen Kämpfe der Franzosen und Engländer um den Besitz des Landes. Eine Episode mag den Charakter dieser Kämpfe zeigen.

In Fecamp, hoch oben auf dem Felsen, liegt eine alte Festung, die von der Land- und Seeseite als uneinnehmbar galt. Marschall Sully erzählt in seinen Erinnerungen, wie sie dennoch genommen wurde. „Es war ein Zeichen mit den beiden Soldaten verabredet worden, die man gekauft hatte und von denen einer ständig auf dem Wall auf der Lauer lag. Man wählte endlich eine sehr finstere Nacht und landete mit 50 Mann in einer Schaluppe zu Füßen des Felsens bei Ebbe. Sie hatten einen langen Strick mit sich, der ebenso lang wie die Höhe des Felsens war und in den in regelmäßigen Abständen Knoten geknüpft waren, um den Füßen und Händen Halt zu geben. Der Soldat oben warf einen zweiten Strick herab, an den der erstere gebunden wurde und zog ihn hinauf. Bois-Rose (ein bekannter Normannenführer) ließ die Spitze der Mannschaft von zwei Sergeanten einnehmen, deren Entschlossenheit er kannte. Er selbst stieg als letzter empor, um jeden zu verhindern, zurückzukehren. Die Lage wurde bald sehr ernst, denn die Flut setzte früher als erwartet ein und trieb die Schaluppe ins offene Meer. Die fünfzig Mann hingen zwischen Himmel und Meer. Plötzlich sagte der führende Sergeant den Nachfolgenden, daß er nicht mehr die Kraft habe, weiterzuklettern. Bois-Rose, dem die Nachricht von Mann zu Mann weitergegeben war, wand sich zwischen den einzelnen Körpern empor und zwang, den Dolch in der Hand, den Sergeanten weiter emporzuklimmen. Schließlich kam die Truppe auf der Höhe des Felsens an und wurde von den beiden gekauften Soldaten in die Festung gebracht, wo sie ohne Gnade die Besatzung niedermetzelte."

Das unruhige Blut der Normannen und Wikinger ist immer lebendig in den Adern der Bevölkerung geblieben. Sie ist stets zu Revolten politischer und geistiger Art bereit gewesen, wie sie überhaupt dem heutigen Frankreich viele seiner bedeutendsten Köpfe geschenkt hat. Corneille, Flaubert und Poussin kamen aus der Normandie, aus der Normandie stammte auch Charlotte Corday, die den blutdürstigen Revolutions-„helden" Marat tötete. Wenn der Süden Frankreichs das Land der antiken Tempel und Arenen ist, so ist die Normandie das Land der Gotik. Selbst der kleinste Flecken hat seine alte gotische Kirche, und vielleicht — wenn man das Leben dieser Menschen sieht — ist jene Deutung richtig, die in der gotischen Kirche eine Nachbildung des „Schiffes" sehen will, wie ja noch heute der Name eines Teiles der Kirche daran erinnert.

In Rouen, der alten Hauptstadt des Landes, findet der Wanderer das moderne Leben wiedert. Dicht neben er Stätte, wo Johanna von Orleans verbrannt wurde, liegen an Kais die Schiffe. Auch die schwarz-weiß-rote Flagge weht hier, und ein großer Dampfer der Stinneslinie, mit den beiden gekreuzten Bergwerkshämmern am Schornstein, kündet wieder von deutscher Arbeit und deutscher Flotte.

Thomas Mann zum Professor ernannt. Thomas Mann, der aus Anlaß der 700-Jahr-Feier in seiner Vaterstadt Lübeck weilt, ist vom Lübecker Senat zum Professor ernannt worden.

Ein amerikanischer Vorschlag zur Erleichterung des internationalen Studentenaustausches. Aus Kopenhagen wird gemeldet: Ein Vertreter des American Council of Education, dem sämtliche amerikanische Universitäten angeschlossen sind, Mr. Marcus Marks, hat der dänischen Kultusministerin Frau Nina Bang einen vom amerikanischen Universitätsrat ausgearbeiteten Vorschlag für einen internationalen Studentenaustausch vorgelegt, nach dem Studenten der verschiedenen Länder während eines Jahres ihrer Studienzeit die Universitäten eines anderen Landes besuchen können sollen, ohne daß dieses im Auslande verbrachte Jahr ihnen im Heimatlande abgezogen wird. Der Grundgedanke des Planes, der bereits die Zustimmung der interessierten Kreise und der Regierungen mehrerer europäischer Länder gefunden haben soll, ist, der studierenden Jugend Gelegenheit zu geben, die geistigen Strömungen in anderen Ländern kennen zu lernen und auf diese Weise die Annäherung der kommenden Generation zu fördern. Mr. Marks wird den Plan der amerikanischen Regierung auch in allen übrigen europäischen Ländern vorlegen, die er bisher noch nicht besucht hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260609016/fragment/page=0002